

Familienpolitik: Es sind keine zusätzlichen Leistungen geplant

JANINE KÖPFLI

VADUZ. Grundsätzlich soll jede Familie in Liechtenstein das für sie passende Familienmodell leben können. So sieht es zumindest das Regierungsprogramm bis 2017 vor. Dementsprechend schreibt auch die Regierung in einer Interpellationsbeantwortung zum Thema Familienpolitik, dass kein Familienmodell speziell gefördert bzw. benachteiligt wird. Vielmehr werden Familien «heute trotz des Spardrucks auf den Staatshaushalt umfassend gefördert», heisst es bereits in der Einleitung.

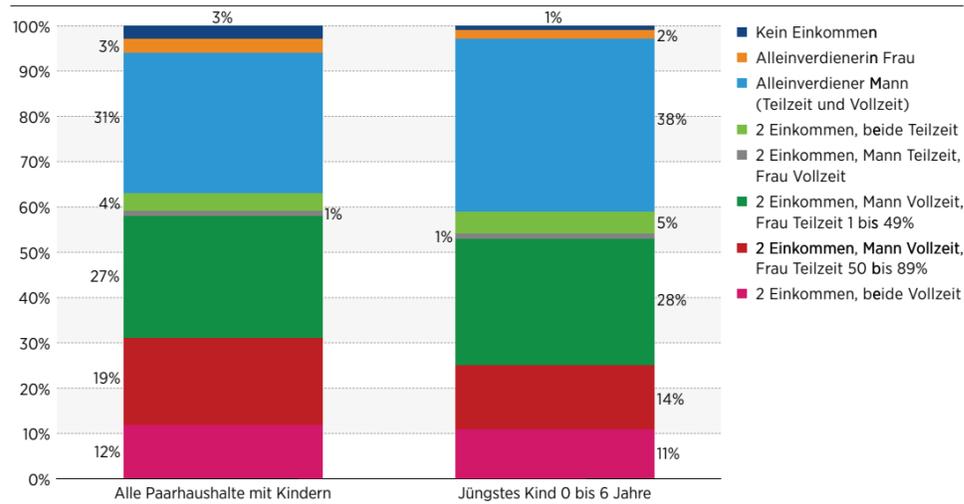
Die VU-Landtagsfraktion reichte vergangenen November die Interpellation ein, nicht zuletzt weil sie feststellte, dass in den vergangenen Monaten infolge der nötigen Sparmassnahmen vermehrt Landtagsbeschlüsse ergingen, die Familien mit Kindern finanziell belasten, wie es in der Begründung hiess. Den Abgeordneten ist es wichtig, dass die verschiedenen Familienmodelle gleichwertig gewichtet werden. Familien sollen nicht nur vermehrt finanziell belastet, sondern auch unterstützt und gefördert werden.

Keine verlängerte Karenz

Die Regierung beantwortet die aufgeworfenen Fragen und zeigt auf, wie Familien unterstützt und gefördert werden – trotz Sparbemühungen und unabhängig vom Familienmodell, wie mehrmals betont wird. Zusätzliche Leistungen seien nicht geplant. «Es geht der Regierung heute darum, die vorhandenen Familienleistungen verantwortungsvoll zu gestalten und nicht zusätzliche Leistungen für bestimmte Familienmodelle hinzuzufügen», heisst es in der Beantwortung. In diesem Zusammenhang wird auch eine «deutlich verlängerte Karenz» oder «ein

Mann ist immer seltener der Alleinverdiener

Es dominieren Familienmodelle mit zwei Einkommen, wie die Grafik zeigt. Dabei arbeitet der Mann meist Vollzeit und die Frau Teilzeit. In 89 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern sind die Männer Vollzeit erwerbstätig.



Quelle: Interpellationsbeantwortung Familienpolitik 2015, Volkszählung 2010, Vaterland-Infografik: Ralph Vogt

Geringe Steuerbelastung

VADUZ. Im Rahmen der Interpellationsbeantwortung hat die Regierung einige Spezialauswertungen in Auftrag gegeben, um zu zeigen, wie sich die Einkommens- und Beschäftigungssituation insbesondere von Familien in Liechtenstein darstellt.

Es zeigt sich, dass in Haushalten mit Kindern in 76% der Fälle die Erwachsenen verheiratet sind, 15% werden von alleinerziehenden Müttern und 3% von alleinerziehenden Vätern geleitet. Das Konkubinats spielt mit 6% in Liechtenstein nur eine geringe Rolle. Bezogen auf die Paarhaushalte wurden die Erwerbsmodelle untersucht. Es fällt auf, dass das Familienmodell «Alleinverdiener Mann» nur noch in 31% der Fälle vorkommt. Es dominieren Modelle mit zwei

Einkommen, welche in 63% der Paarhaushalte mit Kindern gelebt werden. Familienmodelle, in denen die Frau Alleinverdienerin ist oder Vollzeit arbeitet und der Mann teilzeitbeschäftigt ist, kommen selten vor. Trotzdem zeigen die Zahlen, dass in 10% der Paarhaushalte mit einem Kind die Frau mehr als die Hälfte des Einkommens beiträgt, also mehr verdient als der Mann. Das häufigste Familienmodell besteht darin, dass der Mann Vollzeit arbeitet und die Frau Teilzeit. Dies ist in 46% aller Paarhaushalte der Fall. Betrachtet man nur die Männer, dann ist festzustellen, dass in 89% der Paarhaushalte mit Kindern die Männer in Vollzeit erwerbstätig sind. Auch alleinerziehende Väter sind

mehrheitlich in Vollzeit erwerbstätig, während dies nur bei einem Viertel der Mütter der Fall ist. Die Mütter sind vor allem in Teilzeit erwerbstätig. Modellberechnungen zeigen ausserdem, dass die finanzielle Belastung durch Steuern bei Familien mit Kindern eher gering ist.

In der Beantwortung wird darauf hingewiesen, dass die statistischen Daten nur einen Zustand aufzeigen. Aus welcher Motivation heraus beispielsweise Mütter oder Väter in Teilzeit arbeiten sei nicht ersichtlich. Neben rein wirtschaftlichen Motiven wollen Frauen mutmasslich weiterhin erwerbstätig bleiben, um ihre finanzielle Eigenständigkeit zu erhalten oder sich beruflich zu verwirklichen. Auch finanzielle Stabilität wird im Bericht genannt. (ikr/jak)

auf zwei Jahre verlängerter (evtl. noch bezahlter) Elternurlaub» als zu starker Eingriff des Staates in die Wirtschaft gesehen. Eine Verlängerung des Elternurlaubs auf beispielsweise ein Jahr wird nicht erwähnt.

Argument «zu teuer»

Es wird auch vorgerechnet, warum die Einführung eines «Erziehungsgeldes» keinen Sinn macht. Die Kosten wären mit 98 Millionen Franken eindeutig zu hoch und könnten nur über Steuererhöhungen finanziert werden. Auch eine Anpassung der betrieblichen Personalvorsorge, sodass auch Mütter und Väter oder Teilzeitbeschäftigte mit einem Einkommen unter der PK-Schwelle einer Pensionskasse beitreten könnten, sei nicht geplant. Zwar sieht die Regierung durchaus Vorteile, um das Risiko der Altersarmut zu reduzieren, die Finanzierung wäre aber auch hier ein Problem. Eine Arbeitsgruppe, die sich während eines Jahres unter anderem mit diesem Thema befasste, kam zum gleichen Schluss und wurde nach Prüfung aller Möglichkeiten zur Verbesserung der Altersvorsorge nicht erwerbstätiger Elternteile im Sommer 2013 aufgelöst, heisst es im Bericht.

Neues Finanzierungsmodell

Einzig, dass die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung überarbeitet wird, um die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb weiter zu verbessern, wird als Beispiel erwähnt, dass in der Familienpolitik etwas vorwärtsgeht. Das neue Modell sieht vor, dass zusätzliche finanzielle Mittel aus der Familienausgleichskasse verwendet werden, um den steigenden Bedarf an ausserhäuslicher Kinderbetreuung abdecken zu können. Den Vorschlag für eine Gesetzesänderung will die Regierung noch dieses Jahr dem Landtag vorlegen.